

Erfolgreich argumentieren für **Care-Gerechtigkeit**



READER von Mag.^a Margit Appel und Mag.^a Elisabeth Ohnemus im Rahmen der Online-Veranstaltung „Erfolgreich argumentieren für Care-Gerechtigkeit“. **ZIEL** ist es, mit Einordnungswissen, Informationen und Methodenhinweisen das Eintreten für mehr Care-Gerechtigkeit zu unterstützen.

IM AUFTRAG der Katholischen Frauenbewegung der Erzdiözese Wien
Stephansplatz 6/5/Zimmer 540, 1010 Wien
<http://wien.kfb.at> • Tel: 01/51552 - 3345 • Mail: kfb.wien@edw.or.at

Reader „Erfolgreich argumentieren für Care-Gerechtigkeit“

Margit Appel, Elisabeth Ohnemus

Ziel dieses Readers ist es, mit Einordnungswissen, Informationen und Methodenhinweisen das Eintreten für mehr Care-Gerechtigkeit zu unterstützen. Es geht darum, die eigene Argumentationsfähigkeit zu stärken und auch mit anderen gemeinsam das Argumentieren zu üben.

Das Inhaltsverzeichnis findet sich am Ende des Dokuments.

1_Einleitung

Wenn es darum geht, „Argumente“ für ein Thema anzubieten und im öffentlichen bzw. politischen Diskurs durchschlagkräftig hörbar zu machen, ist es notwendig, sich bewusst zu sein, was den Raum, in dem öffentlicher bzw. politischer Diskurs stattfindet, definiert. Wo bewegen wir uns? Was bestimmt die Verfasstheit und Dynamik von Öffentlichkeit, Politik?

Immer stärker wirken da Emotionen, verliert die Vernunft. Die Kommunikationsexpertin Ingrid Brodnig spricht etwa vom Trend zum „argumentum ad hominem“: die Aufmerksamkeit wird vom eigentlichen Thema weggelenkt, hin zum Gegenüber und dessen Charakter, oft verbunden mit Abwertung und Häme. „Hass im Netz“ trifft in besonderem Maße Frauen. Die Corona-Krise hat gezeigt, wie Pflege- und Gesundheitspersonal in den Fokus irrationaler virtueller Debatten gelangt ist, teilweise real Opfer von Übergriffen wurde.

Social Media haben den Raum öffentlichen Sprechens und Ausverhandelns neu definiert. Dieser Raum ist stark segmentiert, Menschen bewegen sich in „Bubbles“, an gigantischen virtuellen Stammtischen. Ein einigermaßen „gemeinsamer“ Ausgangspunkt, von dem weg Kommunikation in der Gesellschaft stattfinden könnte, ist verloren gegangen. Einer der Gründe dafür ist die frühe und umfängliche Nutzbarmachung von Social Media durch rechtspopulistische und rechtsextreme Gruppen und Parteien.

Wie Argumenten für Care-Gerechtigkeit neue Räume eröffnen? Wie die eigene Perspektive so anreichern, dass bei GesprächspartnerInnen Aufmerksamkeit geweckt wird, Irritation entsteht, Neugier verspürt wird? In einer solchen Situation ist es essentiell, sich mit weiteren Argumenten zu stärken. Die Statistiken zur Verteilung familiärer Care-Arbeit, zu den Einkommensunterschieden zwischen Care-Berufen und Berufen im sogenannten „produktiven Sektor“, zum Pensionsunterschied zwischen Frauen und Männern haben wir alle schon lähmend oft verwenden müssen. Sie bleiben weiterhin wichtig. Im Reader wird darüber hinaus versucht, aus den sehr grundsätzlichen Analysen u.a. von Joan Tronto zum Zusammenhang von Care-Ungerechtigkeit und Demokratie, oder von Nancy Fraser zur kapitalistischen Wirtschaft

als „Trittbrettfahrer“ der Care-Leistungen, weitere Argumente aufzubereiten. Es werden auch Informationen über die zunehmenden „Sorge-Kämpfe“ vermittelt. Weil es für die Kraft der Argumente gut ist, nicht nur aus dem Wissen über Benachteiligungen heraus zu sprechen, sondern auch aus dem Wissen des erfolgreichen Widerstands. Mitarbeitende von elementarpädagogischen Einrichtungen, von Pflegeeinrichtungen gehen auf die Straße und fordern Veränderung: mehr Einkommen, mehr Personal, andere Arbeitszeiten, Anerkennung.

Schon an „Frauen-Orten“ ist es nicht immer einfach, über das Thema Care-Ungerechtigkeit im Gespräch zu sein. Argumentieren für mehr Care-Gerechtigkeit beginnt hier! Sprechen wir das Thema der Care-Ungerechtigkeit in einer weiteren Öffentlichkeit an zeigt sich häufig: weder unserem Wissen noch unseren Erfahrungen wird Bedeutung eingeräumt! Wir sind mit Unwissen, Ignoranz, Vorurteilen, Spott, Besserwisserei, Herablassung und Desinteresse konfrontiert. Um nicht zu rasch aufzugeben, kann es hilfreich sein, solche Auseinandersetzungen im Kopf oder auch real durchgespielt und sich Strategien überlegt zu haben. Auch dazu finden sich im Reader Anregungen und Hinweise.

2_Einordnungswissen / Argumente

Wie möchten wir füreinander sorgen? Was sind die Voraussetzungen, dass wir gut für uns und für andere sorgen können? Wie gelingt es, nicht immer dieselben Gruppen als diejenigen zu „markieren“, die besonders geeignet sind, Care-Arbeit zu machen und sie dafür einen hohen Preis bezahlen zu lassen? Leider ist es nicht oberstes Anliegen der derzeit politisch Verantwortlichen, diese Fragen zu diskutieren, Lösungsmöglichkeiten zu prüfen und Entscheidungen auf den Weg zu bringen. Das Anliegen der Care-Gerechtigkeit blieb trotz neuerer Initiativen (Care-Revolution, Fair sorgen,) auf einen überschaubaren Kreis Sich-Informierender und Engagierter beschränkt.

Gleichzeitig nehmen die Erfahrungen der breiten Bevölkerung mit misslingender Sorge zu. Solche Orte misslingender Sorge-Verantwortung können überfüllte und mit zu wenig Personal ausgestattete elementarpädagogische Einrichtungen sein, Schulen mit fehlendem Lehr- und Unterstützungspersonal, Einrichtungen der Jugendwohlfahrt, überlastete Organisationen im Bereich der mobilen Pflege, stationäre Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen. Ganz zentral gehören zu diesen Orten misslingender Pflegeerfahrungen auch die Privathaushalte selbst, in denen die vielfachen Care-Aufgaben des ganz alltäglichen Sorgens und Versorgens mit weiteren Belastungen kumulieren. Beispielhaft genannt: Kinder mit besonderen Bedürfnissen, Jugendliche mit psychischen Krisenphasen, verunfallte oder chronisch Kranke Familienmitglieder, in die Pflegebedürftigkeit rutschende ältere Angehörige. Desto schlechter die öffentlichen Infrastrukturen der Sorge funktionieren, desto belasteter sind die Privathaushalte, in erster Linie die Frauen. Menschen nehmen die Sorge-Krise ebenso wahr, wie sie die

Teuerungs-, Energie- und Klimakrise wahrnehmen. Die Sorge-Krise hat ihren Anteil am Vertrauensverlust in Politik und trägt zur Krise von Demokratie bei.

In diesem Abschnitt wird einschlägige Fachliteratur so aufbereitet, dass

- die eigene Perspektive auf Care-Gerechtigkeit angereichert wird
- aus dem Wissen über gelingenden Widerstand gegen die bestehende Care-(Un-)Ordnung Argumente besonderer Kraft zur Verfügung stehen

2_1 Anreicherung der eigenen Care-Perspektive

2_1_1 Demokratiepolitische Dimension

Die US-amerikanische Politologin Joan Tronto hat bereits sehr früh zum Thema Care-Gerechtigkeit publiziert, nämlich 1993 das Buch „Moral Boundaries: A Political Argument for an Ethic of Care“. Bekannt wurde sie mit dem im Jahr 2013 erschienenen Werk „Caring democracy: markets, equality und justice“.

Aus ihren Ausführungen ist besonders eine Perspektive auf Care-Gerechtigkeit neu zu gewinnen: die demokratiepolitische Perspektive. Zunächst argumentiert sie verteilungspolitisch, wenn sie feststellt: je mächtiger (betreffend Einkommen/Vermögen, Status, Einfluss) Menschen sind, desto leichter können sie sich von Sorgearbeit freikaufen und sie anderen aufbürden. Das gelingt Männern, die viel weniger in die Situation kommen, Sorgearbeit leisten zu müssen, als Frauen. Das gelingt Angehörigen der Oberschicht, die viel weniger in die Situation kommen, Sorgearbeit leisten zu müssen, als Angehörige der Unterschicht. Und das gelingt Personen, die sich als „rassisch“ oder ethnisch höherwertig betrachten, die viel weniger in die Situation kommen, Sorgearbeit leisten zu müssen als Personen, die zu „rassisch“ oder ethnisch abgewerteten Gruppen zugerechnet werden. Eine gerechtere Verteilung von Macht und Machtressourcen könnte also dazu beitragen, die Verteilung der Care-Arbeit zu ändern, weil es dann bestimmten Gruppen nicht mehr so leicht möglich wäre, sich von Care-Arbeit freizukaufen. Die „Sorglosigkeit“ der einen, würde nicht mehr so einfach in einer „Sorgeüberlastung“ der anderen münden.

Tronto führt ihre Argumentation aber noch weiter. In der bestehenden Ordnung der Care-Arbeit steckt nicht nur ein verteilungspolitisches Problem, sondern auch ein fundamentales Gleichheits-Problem. Das macht die bestehende Care-(Un)Ordnung demokratiepolitisch so relevant. Das Erbringen von Care-Tätigkeiten wird jenen „angedreht“, die zu ohnehin schon diskriminierten gesellschaftlichen Gruppen gehören: Frauen, MigrantInnen, People of Color, Armutsbetroffenen. Ihre Festlegung auf Tätigkeiten, die gesellschaftlich als minderwertig – „inferior“ – bewertet werden, schreibt diese Diskriminierung fest bzw. macht den Kern ihrer Diskriminierung aus. Wir haben es also in der bestehenden Care-(Un)Ordnung mit einer Ungleichheitsproduktion zu tun, die sexistische, fremdenfeindliche, rassistische und klassistische Züge trägt.

Menschen sind in einem Teufelskreis, in einem „vicious circle“ wie Tronto es formuliert, gefangen. Weil sie bestimmte Tätigkeiten erbringen (müssen), werden sie als minderwertig eingestuft. Aus dieser Verbindung entsteht ein Vorurteil. Es wird zum festen Merkmal, dass bestimmte Personen / Personengruppen nur ganz bestimmte Dinge können, besonders gut können bzw. für Tätigkeiten besonders geeignet sind. Das ist eine soziale Einbahnstraße.

„Alle Frauen können putzen“, „philippinische Frauen sind besonders kinderlieb“, „der albanische Altenpfleger kommt aus einer Respektkultur gegenüber dem Alter“ – wir kennen alle diese undifferenzierten Zuweisungen. Sie sind auch nicht neu! Studien über die DienstbotInnen-Gesellschaft des 18./19. Jahrhunderts zeigen, welche Macht eingesetzt wurde, um von DienstbotInnen erbrachte Hausarbeit als eine Arbeit zu definieren, die mit anderen Formen der Erwerbsarbeit nicht vergleichbar sei. Mädchen „vom Land“ sollten möglichst rechtlos bleiben und billig ausbeutbar. Diese Festlegungen dienten und dienen dazu Personen / Personengruppen unten zu halten. Das demokratiepolitische Problem besteht darin, dass man Menschen durch diese Zuweisung zu abgewerteten Tätigkeiten als nicht gleich „markiert“, wie Tronto das ausdrückt. Ein ernsthaftes Problem der Demokratie, die auf dem Versprechen der Gleichheit fußt.

2_1_2 „Kannibalisierung“ von Care

Nancy Fraser, wie Joan Tronto eine US-amerikanische Wissenschaftlerin, Philosophin und feministische Theoretikerin, ist eine der prononciertesten Denkerinnen über die Ursachen sozialer Ungleichheit. 2023 erschien ihr Buch „Der Allesfresser. Wie der Kapitalismus seine eigenen Grundlagen verschlingt“ in deutscher Übersetzung. Der Kapitalismus, in dem Fraser nicht nur eine Wirtschaftsform, sondern eine Gesellschaftsform sieht, ist ein „Care-Verschlinger“. „Trittbrettfahrend“ nützt er die Wirkungen aller gesellschaftlich geleisteten Tätigkeiten der Sorge, der Fürsorge und der Interaktion, mit denen unbezahlt oder schlecht bezahlt soziale Bindungen geschaffen, soziale Kooperation grundgelegt und Empathiefähigkeit und Wertehorizonte begründet und immer wieder neu verhandelt werden. „Ohne diese soziale Reproduktionsarbeit,“ so Fraser, „gäbe es weder Produktion noch Profit noch Kapital, weder Wirtschaft noch Kultur noch Staat.“ (Fraser 2023, 97f).

Die Leistungen der Care-ArbeiterInnen und das Wesen der Care-Tätigkeiten zu verschlingen ist ein „Menüpunkt“ der kapitalistischen Speisekarte, weitere sind das Verschlingen der Lebenschancen der Bevölkerungen des Südens, die natürlichen Ressourcen unseres Planeten und die Ressourcen der Demokratie / des Staates. Die öffentlichen Güter, das Rechtssystem, die Sicherheitsgarantien öffentlicher Ordnung werden für die Zwecke des Kapitalismus angeeignet. Das klar zu haben, hilft zu verstehen, warum staatliche Kräfte und die Arena der Parteipolitik wenig Hilfe sind, in Sachen Care-Gerechtigkeit weiterzukommen. ProfiteurInnen des kapitalistischen

Systems sehen Steuergelder besser angelegt in staatlichen Investitionsprämien für Unternehmen, in Arbeitsmarktförderungen und Betriebsansiedlungsförderungen. Selbst möchten sie so wenig wie möglich zum Steuerkuchen beitragen. Öffentliche Ausgaben für Kinderbetreuung, Gesundheit, Pflege, Sozialleistungen stehen in ihren Augen dazu in Konkurrenz.

Um aus Fraser's Analyse etwas für die Argumentation für mehr Care-Gerechtigkeit gewinnen zu können ist es gewinnbringend, sich näher auf ihr „Kannibalismus“-Bild einzulassen. Das krasse Wort „Kannibalismus“ bzw. „kannibalisieren“ verwendet sie, um damit auszudrücken, dass etwas seiner wesentlichen Elemente beraubt wird um etwas anderes schaffen bzw. erhalten zu können. Keine Gesellschaft, so Fraser, egal ob kapitalistisch oder nicht, kann lange überleben, wenn sie systematisch die soziale Reproduktion „kannibalisiert“. Wie die in einem Folgeabschnitt beschriebenen „Sorge-Kämpfe“ zeigen, haben die „Kannibalisierungsmethoden“ des Kapitalismus den Care-Sektor schon an den Rand des Kollapses gebracht. Viele engagierte Menschen verlassen den Care-Sektor, weil sie ihn – siehe Fraser – seiner wesentlichen Elemente beraubt sehen. Das Sorgen wird vielfach verzerrt zu einem „Als-ob-Sorgen“. Das gilt für die bezahlten Care-Tätigkeiten ebenso wie für den Bereich der privaten Haushalte. Das gilt ganz besonders dort, wo der Kapitalismus Einrichtungen der Sorge für seine unmittelbaren Profitmaximierungs-Zwecke entdeckt hat: börsennotierte Konzerne erwerben etwa quer durch Europa Pflegeheime, um damit Gewinne zu erzielen (Dossier Pflege, 4/2024 Nr12).

2_1_3 Die Trennungsstruktur Produktion - Reproduktion

Bereits im Vorwort des im vorigen Abschnitt dargestellten Buches macht Nancy Fraser klar: es geht um große Aufgaben, wenn es gilt aus den diversen Krisen und damit auch aus der Sorge-Krise heraus kommen zu können. Es geht um die Neuerfindung des Verhältnisses von Produktion und Reproduktion, von privater und staatlicher Macht, von menschlicher Gesellschaft und nicht menschlicher Natur. Die Bewertung von Arbeit als produktiv – profitbringend, ökonomisches Wachstum erzeugend; die Bewertung von Arbeit als reproduktiv – ohne monetären Wert, kein ökonomisches Wachstum erzeugend: ein alter Klotz am Bein der Debatte um geschlechtergerechte Arbeitsteilung, Einkommen, etc., frau will sich damit gar nicht mehr beschäftigen.

Lässt sich hier dennoch eine neue Perspektive gewinnen? Zunächst einfach die Vergewisserung, dass dieses herkömmliche dominierende Denken im Schema von Produktion und Reproduktion tatsächlich einer der wesentlichen Schlüssel zur herrschenden Care-(Un)Ordnung ist!

Ein Netzwerk feministischer Denkerinnen, davon viele Ökonominnen, das seine Kritik am zweigeteilten Denken über viele Jahre entwickelt und immer wieder neu ausformuliert hat, ist das Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften. Seine Vertreterinnen vertreten die These, „Moderne kapitalistische Ökonomien sind durch eine

Trennungsstruktur zwischen produktiv und reproduktiv, zwischen Ökonomie und Nicht-Ökonomie, zwischen Kultur und Natur, zwischen männlich und weiblich gekennzeichnet. Als ökonomische Räume gelten nur Märkte, als Arbeit zählt nur Erwerbsarbeit.“ (Baier et al 2020, 311). Die „Basis-Produktivitäten“ hingegen, unbezahlte Arbeit – als Sorgearbeit vor allem Frauen zugewiesen – und die Naturressourcen sind von der Struktur der Märkte und der Erwerbsarbeit abgetrennt. Sie sind es aber, die die kapitalistische Praxis erst ermöglichen. Das Arbeitsvermögen von Frauen und die Naturressourcen gelten als Nicht-Ökonomie und wertlos, sie werden maßlos ausgebeutet – oder wie Fraser es nennt „kannibalisiert“. Nach den Vertreterinnen des Netzwerks Vorsorgendes Wirtschaftens sind die vielfältigen sozialen und ökologischen Krisen unserer Zeit Folge dieser Trennungsstruktur, eine Folge des abgespaltenen Reproduktiven (ebd.).

Im Konzept des Vorsorgenden Wirtschaftens ist der Anspruch formuliert, von der Nachsorge (Reparatur) zur Vorsorge, von den Zielgrößen Profit und Wachstumsraten zum guten Leben, von der Konkurrenz zur Kooperation, von der Trennungs- zur Vermittlungsstruktur zu gelangen.

2_2 „Sorge-Kämpfe“

In der Literatur wird davon gesprochen, dass im 21. Jahrhundert der Bereich der sozialen Dienstleistungen – Erziehung, Bildung, Pflege, Gesundheit – zur neuen „Streikbranche“ werden könnte (Appel / Prainsack 2023, 86ff). Und die österreichischen Erfahrungen der letzten Jahre, mit Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen der ElementarpädagogInnen, der in der Sozialwirtschaft Tätigen, der LehrerInnen, des Krankenhauspersonals scheinen das zu bestätigen. Soziale Mobilisierung gelingt dann, so die entsprechende Forschung, wenn Menschen sich ungerecht und unwürdig behandelt fühlen – und wenn sie daran glauben, dass sich ihre Situation verändern lässt. Bei den Arbeitskämpfen im Bereich der sozialen Dienstleistungen geht es um bessere Arbeitsbedingungen, mehr Personal, leistungsgerechtes Einkommen und – das ist das Spezifische – um mehr Anerkennung. Oberste Priorität hat diese Forderung, weil es sich im Bereich sozialer Dienstleistungen vorwiegend um Arbeitnehmerinnen handelt und um Tätigkeiten, die eine Nähe zu vorrangig Frauen zugeschriebenen Fähigkeiten und Arbeitsvermögen aufweisen (und gesellschaftlich abgewertet sind, wie schon in den vorangehenden Abschnitten ausgeführt wurde). Festzuhalten ist, dass gerade der Bereich sozialer Dienstleistungen in den letzten Jahrzehnten von der Anwendung neoliberaler Politiken (Sparmaßnahmen, Rationalisierung der Tätigkeiten, Einführung von Kennzahlen, ...) besonders betroffen war.

Die Mobilisierungserfolge können sich wirklich sehen lassen! Die Gewerkschaften mussten erst lernen, wie sie Arbeitsniederlegungen in diesen Branchen unterstützen können. Die ArbeitnehmerInnen mussten sich über die Rollenerwartungen hinwegsetzen, dass streiken für die „Kindergartentante“, die „Krankenschwester“, die

„Frau Lehrerin“ nicht in Frage kommt, weil sie es gewohnt sind, bedingungslos die Bedürfnisse anderer zu erfüllen und für sich selbst wenig bis nichts zu fordern. Auf zwei besonders bemerkenswerte Initiativen sei hier noch hingewiesen. In Österreich ist es den 24-Stunden BetreuerInnen, trotz widrigster Umstände, die gegen Selbstorganisation sprechen, gelungen, eine Interessensvertretung „IG-24“ zu gründen! Die Schweizer Initiative „Eidgenössische Kommission dini Mueter“ (deine Mutter), hervorgegangen aus der Berner Kinderwagendemo, hat es recht erfolgreich geschafft, Demonstrationen so zu organisieren, dass die Interessen z.B. erwerbstätiger Mütter und von ElementarpädagogInnen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Thematisiert wird das strukturelle Defizit, dass es in der Schweiz „bezüglich der Sorgearbeit von Müttern und Kinderbetreuerinnen“ gibt (Diese und andere Beispiele in Meier-Gräwe et al 2023).

Nach diesen Perspektiven auf die Care-Frage und die „Sorge-Kämpfe“ sollte deutlich geworden sein: wir verhandeln nicht einfach beliebige Meinungen; Dinge, die man so und auch anders sehen könnte. Es geht nicht um Wehleidigkeiten und austauschbare Präferenzen. Nach dem Motto: „Sicher, wäre ganz nett, wenn auch mehr Männer Care-Arbeit machen würden!“ Wir argumentieren für die Einsicht, dass die Care-(Un)Ordnung ein Ausdruck schwerwiegender Disfunktionalitäten unseres Wirtschafts- und Gesellschaftssystems ist.

Im nächsten Abschnitt wird deutlich, in welchem kommunikativem Umfeld wir das tun.

3_Kommunikation im öffentlichen Raum

Wenn es darum geht, Argumentationsfähigkeit zu stärken und die Agenda einer „Care-Gerechtigkeit“ voranzubringen, ist es hilfreich, den Blick zu weiten und danach zu fragen, was unseren Diskursraum, was Öffentlichkeit gegenwärtig definiert. Wie funktioniert Kommunikation in einer digitalisierten Welt? Welchen Stellenwert, welche Kraft hat das sachliche Argument? Wo sind die Arenen für Debatten, in denen die großen „Fragen der Zeit“ (auch die nach einer „Care-Gerechtigkeit“) zwischen gleichberechtigten Partner:innen verhandelt werden können? In denen das bessere Argument zählt?

Der österreichische Historiker und Politikwissenschaftler Franz Schandl sinniert in einem Beitrag in der Tageszeitung „Der Standard“ über den analogen „Stammtisch“, ein Ort der „trotzigen Ansicht, schon immer alles verstanden zu haben“, dem Argument also eher abgeneigt, dennoch aber angesiedelt in einem vergleichsweise „behüteten Bereich“ im Gegensatz zum digitalen Netz, wo „alle Flanken offen“ seien, ein „eherner Zwang zum Schlag“ herrsche. (1- Zitation für diesen Teil siehe 5_Literatur/Hinweise)

„Monster Öffentlichkeit“

Drastisch der Befund von Medien- und Kommunikations-Expert:innen: Ingrid Brodnig, Fachfrau für Digitalisierung und Debattenkultur, spricht in ihrem im Sommer 2024 erschienen Buch „über die gezielte Zerstörung der öffentlichen Debatten“ (Untertitel)

und tritt damit „Wider die Verrohung“ (Titel) an, die sie in der öffentlichen Kommunikation konstatiert. (2) Von „Verwüstungen des Diskurses“ (3), „kommunikativer Toxizität“ (4), einem „Monster Öffentlichkeit“ (5) schreibt Armin Thurnher, Mitbegründer und Herausgeber der Wiener Stadtzeitung „Falter“, seit vielen Jahren scharfer Beobachter und Analyst von Entwicklungen in den Bereichen Medien und Kommunikation. „Die kommunikative Abrissbirne der Social Media legt die Möglichkeit ziviler Auseinandersetzung in Schutt und Asche“, so Thurnher in seiner Kolumne „Seinesgleichen geschieht“ am 23. Oktober 2024 – kurz nach der Nationalratswahl in Österreich und kurz vor den Präsidentschaftswahlen in den USA: „Nur die Rekonstruktion des öffentlichen Arguments wird uns helfen. Sie ist schwieriger, aber dringender nötig denn je“. (6)

Was das „öffentliche Argument“ zerstört: Lügen, fake news, gezielte Desinformation, Übertreibung, Herabwürdigung, Hetze, Hass. Themen, denen Ingrid Brodnig in den vergangenen Jahren schon einige Bücher gewidmet hat (7). Haltungen und Methoden, die aus der digitalen Welt zurückstrahlen in die analoge, Einfluss nehmen auf Inhalte und die Art und Weise von Auseinandersetzungen in Familien, im FreundInnen- und Bekanntenkreis, in öffentlichen Debatten, in den „traditionellen“ Medien.

Free speech im „Geschäft Social Media“

Kernpunkt der die Öffentlichkeit korrumpierenden Entwicklungen, die Social Media ausgelöst hat, ist die Unterwerfung von digitaler Kommunikation unter rein kommerzielle Interessen. Geld bringt, was Aufmerksamkeit schafft. Dreiste Behauptungen und Lügen etwa, Übertreibung, Hetze, Hass. Das einer demokratischen Öffentlichkeit zugrunde liegende Prinzip der freien Meinungsäußerung konnte deformiert, „free speech“ missbraucht werden, da digitale Medien mit dem „Section 203 des Communications Decency Act“ 1996 (Regierung Bill Clinton) in eine rechtsfreie Zone gestellt wurden, lediglich als „Plattformen“ definiert, deren Betreiber keine Verantwortung für die Inhalte tragen, die auf diesen Plattformen verhandelt werden. Algorithmen halten als Konzerninterne Steuerungselemente das Rad der Aufmerksamkeitsökonomie in Schwung.

„Der Staat hatte die Frage, was in einem Rechtsstaat gesagt werden darf und was nicht, durch seine Regulierung privatisiert. Damit schwächte er sich und überließ die Auseinandersetzung gesellschaftlichen Gruppen, die auf der Linken zur cancel culture tendierten und zur Rechten zu einem missbräuchlichen Free-Speech-Radikalismus“, so Armin Thurnher in seinem 2023 erschienen Buch „Anstandslos“: „So kommt es..., dass Leute wie Donald Trump oder Elon Musk sich als Helden der Redefreiheit darstellen können, der schönsten der bürgerlichen Freiheiten...“. (8) (Anmerkung: Und damit eine Wahl gewonnen haben...)

Fakten gegen Meinung

Rechtspopulisten und Rechtsextreme haben sich die Welt der Social Media früh, umfänglich und beharrlich zunutze gemacht, Donald Trump gilt als herausragendes Beispiel dafür, wie die Lüge als selbstverständliches Instrument öffentlicher Kommunikation im digitalen wie analogen Bereich erfolgreich eingesetzt wird, selbst wenn Fakten offenkundig dem Behaupteten entgegenstehen. Argumente werden keine erwartet, die „Performance“ genügt. Eine Entlarvung von Unwahrheiten ist nicht gewünscht, weil man „glauben“ will. Trump-Beraterin Kellyanne Conway ist 2017 der Öffentlichkeit bekannt geworden mit dem Hinweis darauf, dass es eben auch „alternative Fakten“ gebe. (9)

Während der Corona-Krise hat sich gezeigt, wie leicht selbst wissenschaftlich untermauerte Argumente vom Tisch gewischt werden können, wie die Grenze zwischen Fakten basierendem Wissen und Meinung nicht mehr respektiert wird (10 link zu Sketch „Die Matheleugnerin“ mit Maren Kroymann 2021 s.u.). Das hat seinerzeit auch Maßnahmen im Gesundheits- und Pflegebereich fragwürdig erscheinen lassen und AkteurInnen in diesen Bereichen angreifbar gemacht. Ähnliches ereignet sich vereinzelt auch in der Debatte zu anderen Themen, etwa dem der „Demokratie“, wie Erfahrungen von Wissenschaftler:innen in der österreichischen Erwachsenenbildung belegen.

Kommunikation ohne gemeinsamen Boden

Für die öffentliche Kommunikation bedeuten diese Verschiebungen bzw. Verunklärungen, dass es im öffentlichen Diskurs nicht mehr um unterschiedliche Interpretationen der einen Realität, vielmehr um ein Sprechen ausgehend von unterschiedlichen Wahrnehmungen und „Überzeugungen“ von Realität geht. „Das Ergebnis ist eine zerstörte Kommunikation, in der ein Zustand der Bodenlosigkeit droht, Man weiß nicht mehr, wem man glauben soll“, so Armin Thurnher (11). Ingrid Brodnig bestätigt: „Eine der wichtigsten Wirkungen, die Fehlinformationen haben, ist: Sie ziehen uns den gemeinsamen Boden der Realität unter den Füßen weg, sie nehmen uns... damit die Möglichkeit, ein sachliches Gespräch zu führen“ (12)

Von „Bodenlosigkeit“ spricht auch die Philosophin und politische Theoretikerin Hannah Arendt. Sie trifft mitten in die Gegenwart, wenn sie schreibt: „Dieses ständige Lügen zielt nicht darauf ab, das Volk eine Lüge glauben zu machen, sondern darauf, dass niemand mehr irgendetwas glaubt. Ein Volk, das nicht mehr zwischen Wahrheit und Lüge unterscheiden kann, kann auch nicht zwischen richtig und falsch unterscheiden. Und ein solches Volk, das sich seiner Macht zu denken und zu urteilen, beraubt sieht, ist auch ohne zu wissen und zu wollen, dem Gesetz der Lüge vollständig unterworfen. Mit einem solchen Volk kann man dann machen, was man will.“ (13)

Der im Juni 2024 veröffentlichte „Digital News Report“ (ein jährlich vom „Reuters Institute for the Study of Journalism“ erstellter Bericht über Daten, die zum Wandel der Nutzung von analogen zu digitalen Nachrichten weltweit erhoben werden – zuletzt wurden dafür 95.000 Menschen aus 47 Ländern, darunter auch Österreich, befragt) hält

fest, dass viele Befragte soziale Netzwerke für nicht vertrauenswürdig halten, sie aber trotzdem nutzen. Besonders betroffen seien hier die Plattformen TikTok und X (ehemals Twitter), bei denen 43,2 Prozent bzw. 39,2 Prozent Schwierigkeiten bei der Unterscheidung zwischen vertrauenswürdigen und nicht vertrauenswürdigen Inhalten hätten (14). 39 Prozent der Befragten gaben an, kaum zwischen Falschmeldungen und Fakten im Internet unterscheiden zu können: „Irreführende Information beeinflusst mich in meiner eigenen Kompetenz und meiner eigenen Wahrnehmung und steuert mich in eine Richtung, die ich eigentlich nicht möchte“, so Stefan Gadringer, Kommunikationswissenschaftler an der Universität Salzburg (15).

Berühmtheit haben die „Trollfabriken“ oder auch „Kreml-Bots“ erlangt, die im Auftrag der russischen Regierung mittels fingierter Identitäten in Online-Foren und Kommentarbereichen von Nachrichtenseiten im Internet die öffentliche Meinung im Sinne der Machthaber manipulieren und u.a. weltweit Einfluss etwa auf Wahlen zu nehmen versuchen. Der breiten Öffentlichkeit wurde ihr Wirken mit Beginn des Ukraine-Kriegs ab 2014 bekannt, Jewgeni Prigoschin, Oligarch und Anführer der russischen Privatarmee „Gruppe Wagner“ war mit seiner „Patriot Media Group“ maßgeblich involviert. Die Gruppe wurde nach dem Wagner-Aufstand 2023 aufgelöst, laut „Reporter ohne Grenzen“ wurden die Medienlizenzen aber im Frühjahr 2024 verlängert, ohne dass bekannt sei, wer die Unternehmen weiter betreibe. (16) Im Jänner 2024 deckten laut einem Bericht des deutschen Magazins „Der Spiegel“ Spezialist:innen des deutschen Auswärtigen Amtes eine mehr als 50.000 Fake-Nutzerkonten auf auf X (vormals Twitter) auf, die für eine russische Desinformationskampagne vorgesehen waren. (17)

Demokratiegefährdung in der „digitalen Gegenauflärung“

Thurnher hat den Begriff der „digitalen Gegenauflärung“ geprägt, um den aktuellen Zustand von Öffentlichkeit zu beschreiben. Einer Öffentlichkeit, in der „Gegner“ zwangsläufig zu „Feinden“ werden müssen: „Gegner sind keine Feinde, man identifiziert mit Mitteln der Vernunft ihre Absichten, macht sie kenntlich und tritt ihnen mit legitimer demokratischer Gewalt entgegen“. Das funktioniert nicht mehr, die Öffentlichkeit, die einen Vernunft basierten, gleichberechtigten Austausch von Individuen und Gruppen ermöglichen und damit als Grundlage der Demokratie dienen sollte, sei „vergiftet“. (18)

Bevor Ingrid Brodnig in ihrem neuen Buch „Wider die Verrohung“ einzelne „Methoden der Diskussionszerstörung“ in der digitalen wie analogen Kommunikation unter die Lupe nimmt, verweist auch sie auf den engen Konnex von Kommunikation, Öffentlichkeit und Demokratie: „Auch wenn wir uns hier vorrangig mit einer kommunikativen Analyse beschäftigen, geht es bei diesem Thema selbstverständlich um das Bewahren demokratischer Werte. Denn ein fairer Austausch von Argumenten in einer pluralistischen Demokratie ist nur möglich, wenn wir auf die Art des Umgangs miteinander achten, wenn sich Menschen nicht durch Beleidigungen oder Bedrohungen

eingeschüchtert fühlen müssen, und wenn wir auch Versuche abwehren, von den großen Herausforderungen unserer Zeit (zu denen auch die Herstellung einer Care-Gerechtigkeit zählt, Anmerkung EO) durch rhetorische Nebelgranaten oder dem wiederholten Anzweifeln von Fakten abzulenken“. (19)

Beleidigung, Drohung und Ent-Sachlichung als rhetorische Tricks

Sie sei „seit Jahren fasziniert“, so Brodnig, „wie erfolgreich beleidigende Sprache in vielen Fällen“ sei, die insbesondere rechtspopulistische bis rechtsextreme Parteien verwendeten. Von „roten und schwarzen Politmaden“ oder der „Mumie in der Hofburg“ zu sprechen (gemeint ist mit letzterer Bundespräsident Alexander Van der Bellen) habe FPÖ-Chef Herbert Kickl zwar empörte Reaktionen, weit wichtiger aber: Aufmerksamkeit beschert (20). Nach gleichem Muster funktioniere die Vorgangsweise Trumps, von Sachfragen abzulenken und einer sachlichen Argumentation zu entkommen, indem er die Aufmerksamkeit auf Charakter oder Äußeres des jeweiligen Gegenübers lenkt: diese systematisch eingesetzte Methode des „argumentum ad hominem“ hat Trump beispielsweise während einer Pressekonferenz an einem körperlich behinderten Journalisten vorgeführt, indem er dessen Bewegungen nachäffte. Entsetzen und Aufmerksamkeit waren ihm sicher, Glaubwürdigkeit, sachliches Anliegen und Argumentationsfähigkeit des Journalisten herabgewürdigt.

Das „argumentum baculum“, wörtlich „Argument mit dem Stock“ - ebenfalls häufig von Trump angewendet -, beschreibt die von Brodnig zitierte Rhetorik-Expertin Jennifer Mercieca: „Das bedeutet, dass Einschüchterungstaktiken und die Heraufbeschwörung von von Bedrohungen als rhetorischer Kniff dienen“, etwa als Trump im Wahlkampf 2016 die unwahre Behauptung in den Raum stellte, seine damalige Gegnerin Hillary Clinton wolle das Recht auf Waffenbesitz abschaffen; Teile der Bevölkerung sahen sich bedroht, Rechte zu verlieren... Mittels des „Strohmann-Arguments“ wiederum - weiterer Bestandteil der laut Mercieca „wheaponizide rhetoric“ Trumps – vermeide sein Anwender ein Eingehen auf die tatsächliche Argumentation der Gegenseite, unterstelle ihr vielmehr eine Position, die diese zwar nicht geäußert habe, die aber leichter widerlegbar oder kritisierbar ist (im Fall Hillary Clintons: keine Auseinandersetzung mit tatsächlichen Vorschlägen zu Reformen einzelner Teile des Waffengesetzes). (21)

Beleidigung, Drohung, Aggression als Taktik: Eva Menasse, Autorin des Buches „Alles und nichts sagen. Vom Zustand der Debatte in der Digitalmoderne“ (22) zeichnet in einem Interview mit dem „Falter“ das Bild von einer „verbalen Wirtshausschlägerei“, um den Diskurs in digitalen Medien zu beschreiben. Nicht nur Menasse beobachtet, wie „derartige Verhaltensweisen, die wir uns im digitalen Raum angewöhnt haben“, „zurückgeschwappt“ seien in die analoge Welt, wie auch „traditionelle Medien“ etwa nicht dagegen gefeit seien. (23)

Provokation von Wut und Hass, mit besonderem Fokus auf Frauen

Äußerst wirksam sei, wenn Eliten etwa eine Wut weckende Sprache verwendeten, so Ingrid Brodnig (24). Auch der argumentative „Kniff der falschen Dichotomie“ heize auf: „Dabei wird suggeriert, es gäbe in einer Sachfrage nur zwei mögliche Handlungsoptionen“, während die Realität oft komplex ist. Beispiel: die falsche Behauptung des AfD-Politikers Ulrich Siegmund in einem TikTok-Wut-Video, die deutsche Regierung finanziere via Entwicklungshilfe in Nigeria SUVs für Abgeordnete des Landes, in Deutschland fehle es derweil an Investitionen z.B. in Krankenhäuser. Die „Zeit“ habe Siegmund einmal „TikTok-Posterboy der AfD“ genannt, auf der Plattform hat er mehr als 400.000 AbonnentInnen und 5,3 Millionen Likes.

Wut auszulösen sei ein „Diskussionstrick“, denn Wut löse ein „doubling down“ aus, ein Verfestigen eigener Überzeugungen und Meinungen. Wiederum geht es um Aufmerksamkeit, der Begriff des „Rage Bait“ beschreibt eine weitreichende Systematik: „Das bedeutet, dass man gezielt wütend machende Inhalte online verbreitet, um mehr Sichtbarkeit zu erlangen“. (25) Wut, ja „Hass im Netz“ ist seit vielen Jahren ein bekanntes, erschreckendes Phänomen, dem Ingrid Brodnig eines ihrer ersten Bücher gewidmet hat.

In besonderem Mass sind Frauen Objekte dieser Emotionen, die in nicht wenigen Fällen einhergehen mit Phantasien sexualisierter Gewalt. Häufig reagieren Frauen mit „silencing“, so Brodnig (26). Und manchmal kann dieses „still werden“, der Rückzug bis zur Selbstausschaltung reichen, wie etwa das Beispiel der oberösterreichischen Ärztin Lisa-Maria Kellermayr zeigt, die im Juli 2022 nach unausgesetzten Beschimpfungen und Bedrohungen via Social Media Selbstmord begangen hat. Kellermayr war Frau und Care-Arbeiterin. Die aus Österreich stammende Journalistin Alexandra Förderl-Schmidt hat im Februar 2024 eine auch online geführte Hetzkampagne gerade noch überlebt.

Den Übergang von digitaler zu analoger, physischer Bedrohung und Gewalt zeigt das Beispiel des Sturms auf das Kapitol im Jänner 2021. In Österreich waren während der Zeit der Corona-Maßnahmen vereinzelt MitarbeiterInnen im Gesundheits- und Pflegebereich Opfer von Bedrohungen und Übergriffen.

„Moral outrage“ und „Wir gegen die“-Logik

Emotionalisierung und Eskalation sind ganz grundsätzlich „Geschäftspraktiken“ in der analogen wie digitalen Aufmerksamkeitsindustrie, besonders gut gedeihen sie im digitalen öffentlichen Raum. „Moral outrage“, negativ aufstachelnde moralische Entrüstung und Empörung (zu unterscheiden von jener legitimen Form von Emotionalität und Wut, die Entwicklungen zum Wohl der Menschheit antreibt – etwa die Durchsetzung des Frauenwahlrechts oder auch einer Care-Gerechtigkeit), ist Programm, oft gehen sie einher mit einer spaltenden „Wir gegen die“-Logik (27).

Die Eigengruppe wird der Fremdgruppe gegenübergestellt, undifferenzierte Gruppengefühle, Feindseligkeit und Gegeneinander gezielt genährt, so Brodnig im

Rückgriff auf die Psychologen Dominic Packer und Jay van Bavel und deren Buch „The Power of Us“ (28). Deutlich falle der Einsatz der „Wir gegen die“-Rhetorik bei rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien auf – schon in den 90er-Jahren liess der seinerzeitige FPÖ-Chef Jörg Haider den Satz „Sie sind gegen IHN, weil ER für EUCH“ plakatieren, und in der österreichischen Nationalratswahl 2024 hat „die haideristische, ausländerfeindlich grundierte Anrufung ‚Für unsere Leute‘ möglicherweise mehr gezogen als die Forderung nach einer 32-Stunden Woche“, so der Befund des Journalisten Matthias Dusini (29). Argumente für Verteilungsgerechtigkeit waren zweitrangig, sind hinter Emotion und Identitätspolitik zurückgeblieben.

Der Wahlforscher Christoph Hofinger ortet einen „regelrechten Bruch“ in der Stimmungslage des österreichischen Wahlvolks, wie er bei einer Diskussion am 16. Oktober 2024 in Linz sagte: Emotionen, allen voran „Wut“ und „Ärger“, seien als Movers von Wähler:innen weit stärker wirksam als noch vor zwei Jahren, in der politischen Forschung erlebe man so einen markanten Wandel „sehr selten“. (30)

4_Argumentationsfähigkeit stärken

Dem Anliegen, Argumentationsfähigkeit gegen Ungerechtigkeiten und Menschenfeindlichkeit zu stärken, tragen verschiedene Formate politischer Bildung Rechnung. Hier sollen sie kurz skizziert und dann auf ihre Brauchbarkeit für das Ziel „Erfolgreich argumentieren für Care-Gerechtigkeit“ überprüft werden.

4_1 Argumentationstraining gegen Stammtischparolen

In Österreich bietet die Gesellschaft für Politische Bildung seit vielen Jahren „Argumentationstraining(s) gegen Stammtischparolen“ an. Die Methode geht auf den deutschen Politologen Klaus-Peter Hufer zurück (siehe 5_Hinweise).

Stammtischparolen sind diskriminierende, generalisierende, schlagwortartig vorgebrachte Äußerungen. Platt, aggressiv, feindselig, selbstgerecht, abwertend, diffamierend – mit solchen Eigenschaften beschreiben TeilnehmerInnen an den Argumentationstrainings ihre Erfahrungen mit Stammtischparolen. Es gibt eine Reihe von gleichsam „klassischen“ Themenfeldern, in denen man es verlässlich mit Stammtischparolen zu tun bekommt, z.B.: „Ausländer“/Asypolitik, Soziales /Arbeitslosigkeit, NS-Vergangenheit, Antisemitismus, Sexismus.

Kontern ist schwierig. Oft sind die PhrasendrescherInnen in der Mehrzahl, große Emotionen sind im Spiel und Absolutheitsansprüche verstärken das eigene Ohnmachtsgefühl. Eine der wichtigsten „Effekte“ dieser Argumentationstrainings liegt in der Möglichkeit, sich im Rahmen eines angeleiteten Rollenspiels als SprücheklopferIn auszuprobieren. In dieser Rolle erlebt man sich in der Regel als „erfolgreicher“, als die „Gegenseite“. Wechselseitige Unterstützung der Pro-Parolen-Seite gelingt fast immer; die Rollenchanse, nicht zuhören zu müssen, keine Argumente aufgreifen zu müssen, jederzeit unterbrechen zu können, wird meist als lustvoll erlebt. Im Gegensatz zur Anti-

Parolen-Seite braucht es keine inhaltliche Vorbereitung, wie etwa eine im Brainstorming zusammengetragene Liste von möglichst guten Gegenargumenten. Die Stammtischsprüche sind allgemein bekannt und in uns abrufbar. Wir kennen sie aus eigenen analogen „Stammtischerfahrungen“ – Familienfeiern, FreundInnentreffs, Sportvereinen, LehrerInnenzimmern, Kaffeeküchen, Wirtshäusern, Verkehrsmitteln, Frauenrunden, Gemeinderat, Kolpingfamilie, FriseurIn und anderem mehr. Medien verbreiten sie ebenso wie politische VerantwortungsträgerInnen, die in einer größeren Öffentlichkeit stehen. Die digitalen Stammtische wie Facebook, X (vormals Twitter), Instagram, Telegram, Tik Tok, etc. und die Rolle zahlreicher selbsternannter „InfluencerInnen“ kommen heute noch dazu. Selbst wenn wir uns im Normalfall aus Überzeugung und mit Vernunft gegen diese Parolen wappnen oder vielleicht sogar dagegen auftreten, machen wir im Rahmen der erwähnten Rollenspiele die Erfahrung, dass wir sie „in uns“ haben und sie auch anwenden können.

In den „Argumentationstrainings gegen Stammtischparolen“ wird analysiert, welchen Charakter diese Parolen haben – den verfestigter Vorurteile - und möglichst treffsichere Argumente dagegen entwickelt. Aus den zahlreichen Trainings steht ein umfassender Schatz an ausprobierten Gegenstrategien zur Verfügung (siehe Zusammenstellung im Anhang). Wunder, so der allgemeine Tenor in der Literatur und den Erfahrungen der TrainerInnen, die solche Trainings anbieten, darf man sich nicht erwarten. Hinter den „Stammtischparolen“ stehen ja nicht nur Ansichten von Einzelnen, sondern demagogisch aufgeladene und politisch genutzte Gesellschaftsvorstellungen, die schlimmstenfalls in menschenverachtenden Ideologien wurzeln.

(Teilweise nach Klaus-Peter Hufer (2002), Argumente am Stammtisch. Erfolgreich gegen Parolen, Palaver und Populismus. Wochenschau Verlag)

4_2 Argumentationstraining für eine geschlechtergerechte Ökonomie

Zwischen 2008 und 2016 wurde von der frauenakademie der Katholischen Sozialakademie Österreichs der Lehrgang „Geld und Leben. Wirtschaftskompetenz entwickeln“ angeboten. Methoden des bereits beschriebenen Argumentationstrainings gegen Stammtischparolen wurden verwendet, um folgende Ziele zu erreichen:

- Schärfung der Wahrnehmung für die in Medien und politischen Debatten verwendete „Wirtschaftssprache“
- Üben der TeilnehmerInnen in der kompetenten und selbstbewussten Argumentation FÜR ihre wirtschaftlichen Anliegen / ihre Vorstellung einer geschlechtergerechten Ökonomie
- Vertiefung der eigenen Wertvorstellungen und Handlungsmuster als wirtschaftliche Akteurin
- Strategien gegen frauenfeindliche Sprüche und diskriminierende Äußerungen entwickeln

Der „Stoff“ für diese spezielle Form des Argumentationstrainings kam von Lehrgangsmodulen, die sich Feministischen Ökonomischen Theorien, Positionen Feministische Ethik, Arbeitsmarkttheorien und – politik, Unternehmenstheorien- und politik und Finanzmärkten widmeten. Weiters wurden unterschiedliche Wirtschaftsorte – Unternehmen, Interessensvertretungen, Ministerien – besucht, Möglichkeiten zum Hinterfragen und Argumentieren inklusive. Vorstellungen einer geschlechtergerechten Ökonomie wurden auch mit Hilfe von Methoden der soziodramatischen Aufstellungsarbeit entwickelt. (Beispiel siehe Anhang).

4_3 Economic literacy

Der politische Bildungsansatz Economic literacy ist in den 1980er Jahren in Anlehnung an die Pädagogik der Befreiung von Paulo Freire entstanden. Der österreichische Verein JOAN ROBINSON. Verein zur Förderung frauengerechter Verteilung ökonomischen Wissens hat sich die Motivation und Befähigung von Frauen zu einer breiten Auseinandersetzung mit wirtschaftspolitisch relevanten Themen zum Ziel gesetzt. In Zusammenarbeit mit WIDE (Entwicklungspolitisches Netzwerk für Frauenrechte und feministische Perspektiven) wurden drei Handbücher herausgegeben und zahlreiche Seminare abgehalten. Zunächst erschien „Wirtschaft anders denken. Handbuch feministische Wirtschaftsalfabetisierung“, 2017 „Wirtschaft anders denken. Feministische Care-Ökonomie: Theorien und Methoden“ und 2022 „Anders wirtschaften – Zeit für eine Care-Wende. Die Covid-Krise und die möglichen Veränderungsschritte anhand des 5-Sektorenmodells der Gesamtwirtschaft betrachtet. Ein Dossier“.

Setzt man sich mit diesen Veröffentlichungen und der Bildungsarbeit des Vereins JOAN ROBINSON auseinander wird deutlich, wie wirkmächtig ein eigenständiger theoretischer Bezugsrahmen für das Nachdenken über ein anderes – nämlich geschlechtergerechteres – Wirtschaften ist. Das 5-Sektorenmodell der Gesamtwirtschaft (siehe Link unter 6_Literatur/Hiweise), entwickelt von Luise Gubitzer, heterodoxe Ökonomin und Vorstandsmitglied des Vereins, stellte einen solchen Bezugsrahmen dar, auf dem aufbauend eine eigenständige Argumentation für ein anderes Wirtschaften möglich war – ohne sich ständig an einer ungenügenden theoretischen Basis abarbeiten zu müssen. So sind diese Handbücher einerseits eine Fundgrube für Argumente bzw. die Schärfung von Argumenten und andererseits Ausgangspunkt für Bildungserfahrungen, die wiederum Räume für Argumentationserfahrungen bieten.

4_4 Wie unterstützen diese Ansätze das Ziel „Erfolgreich argumentieren für Care-Gerechtigkeit“?

Die Erfahrungen mit Argumentationstrainings gegen Stammtischparolen (siehe 4_1) stellen zur Verfügung

- Es liegt nicht an mir/uns, wenn ich/wir nicht gegen Parolen ankomme, sondern am Charakter dieser „Kommunikation“.
- Man tut gut daran, auf die unangenehmen Gefühle vorbereitet zu sein, die in diesen Situationen hochkommen.
- Vorbereitung, wenn es sich um sich wiederholende Situationen handelt, ist klug.
 - Etwa ein Brainstorming zur Sammlung von Argumenten oder ein schriftlicher Dialog
- „Stammtischgespräche“ lassen sich üben! Schon zu zweit oder in einer Gruppe.
- Das „Auswerten“ – ungeplanter und geplanter – Stammtischsituationen lohnt sich.
- Es gibt viele Strategien! Sie müssen zu mir passen.

Die Erfahrungen mit Argumentationstraining für eine geschlechtergerechte Ökonomie (siehe 4_2) stellen zur Verfügung

- Visionieren lohnt sich! Von einer Vorstellung „Wie es sein soll“ lässt es sich unter Umständen kraftvoller argumentieren als vom gegebenen Standpunkt aus.
- Nicht jede Vision muss neu erfunden werden! Es lässt sich auf viele bestehende Texte zurückgreifen.
- Zukunft zu entwerfen („2040 werden wir..“, „In zehn Jahren sind im Pflegebereich...“, „Wenn ich aus dem Jahr 2030 auf das heute schaue, würde ich gleich einmal das....und dasändern!“) ist eine etablierte Methode um wirksame Transformationsschritte erkennen und benennen zu können.
- Es ist lustvoll für etwas zu argumentieren, dass ich mir für die Zukunft wünsche.

Die Erfahrungen mit Economic literacy (siehe 4_3) stellen zur Verfügung

- Aneignung von Wissen (Theoriewissen und Handlungswissen) nützt der Argumentationsfähigkeit.
- Es gibt (etwa mit den Handbüchern von Joan Robinson) aufbereitetes, didaktisch dargebotenes (ökonomisches) Wissen.
- Einen Theorieansatz durchdacht zu haben kann richtig Freude machen und muss nicht kompliziert sein. (Siehe 5-Sektoren-Modell: die Zufügung von zwei Sektoren – Haushaltssektor und Illegaler Sektor – gibt Erfahrungen von Frauen plötzlich Raum, den sie im herkömmlichen Sektoren-Modell nicht fanden.)
- Die gewonnenen Einsichten fördern Argumente fast von selbst zu Tage – noch dazu solche, die originell sind und nicht mit altgedienten Sprüchen so leicht vom Tisch gewischt werden können.

4_5 Zur Rekonstruktion des Arguments

Wie meinte Armin Thurnher? „Nur die Rekonstruktion des öffentlichen Arguments wird uns helfen. Sie ist schwieriger, aber dringender nötig denn je“. Was ist zu tun? Auch im

Sinne unseres Anliegens, der Debatte um und den Argumenten für „Care-Gerechtigkeit“ Raum zu verschaffen, das Anliegen in Öffentlichkeit und Politik voranzubringen?

Die Rekonstruktion des Arguments geht jedenfalls einher mit der Rekonstruktion einer funktionierenden Öffentlichkeit, die es tatsächlich ermöglicht, Demokratie zu leben, in der – idealerweise - der freie Austausch gleichberechtigter DiskursteilnehmerInnen stattfindet und jede Stimme gleich viel wert ist. Thurnher geht es mit der Rettung einer funktionierenden Öffentlichkeit um die Rettung der Demokratie, und das müsse eben „aus den Medien heraus“ geschehen. Sein Ansatz: Medienpolitik. Sie müsse Konzepte und Linien vorgeben, die das Prinzip des Öffentlich-Rechtlichen als „europäische Eigenheit“ stärke, das wiederum Möglichkeiten biete, der „Kommunikationsunordnung“ entgegenzutreten. Darüber hinaus stelle sich die Frage, „ob Medien nicht ein allgemeines Gut wären, also zu jenen Gütern gehören, die der allgemeinen Grundversorgung dienen und deswegen den sogenannten Marktkräften entzogen werden, wie etwa Wasser...“ (31) - „öffentliche Meinung“ als „öffentliches Gut“, das basiere auf Medien, die in der Lage seien, die Mitglieder einer Gesellschaft „qualifiziert zu informieren“, handwerklich guten, redaktionellen Journalismus eingeschlossen. (32)

Ein öffentlich-rechtliches Soziales Medium: Warum nicht?

Mit Experten wie dem Medienwissenschaftler Fritz Hausjell, dem Medienökonom Christian Fuchs oder dem Organisationswissenschaftler Leonhard Dobusch teilt Thurnher eine Vision bzw. Forderung: die Schaffung eines öffentlich-rechtlichen sozialen Mediums. Digitalisierung müsse öffentlich-rechtlich ablaufen, skizziert Thurnher einen Plan, „im Sinn des Vorteils für die Gesellschaft, nicht im Sinn des militärischen Vorteils des Hegemons und des pekuniären seiner Tycoons. Die Kleinmütigen seufzen: Wie soll das gehen? Einfach, einmal mit einer europäischen Infrastruktur-Idee beginnen, mit einem Netz mit offenen Algorithmen. Dieses Netz sollten die öffentlich-rechtlichen Anstalten schaffen. Know-how könnten sie sich von frustriertem und entlassenen Personal von Twitter und Facebook holen. Dazu bedürfte es freilich der Erneuerung des öffentlich-rechtlichen Gedankens; die Politik müsste endlich ihre parteipolitischen Ambitionen auf diese Sphäre ad acta legen; es steht viel auf dem Spielt. Die Leuchtkraft eines solchen Projekts könnte der des Euro gleichkommen. Gegen Korruption helfen weniger Ethikräte als funktionierende Medien“. (33)

In der Schlusspassage seines Buchs „Anstandslos“ phantasiert Thurnher: „Manchmal stelle ich mir vor, wie ein entfesselt öffentlich-rechtliches Medium handeln würde... es würde Debatten führen, die das Wort wert wären... es würde dem Publikum erklären, was Tech-Konzerne tun... es wäre ein Freiraum, von dem aus sich die demokratische Gesellschaft mit Sauerstoff versorgen würde und ja, vielleicht Lösungen für ihre anderen Krisen finden könnte. Es wäre ein allgemeiner Raum...“ (34)

... mit Luft u.a. für die Debatte einer Pflege-Krise, die Debatte von Care-(Un)Gerechtigkeit, auf der Basis von Argumenten. Was immer es in einer Gesellschaft zu

verhandeln und voranzubringen gilt: der Einsatz für diesen Raum, für eine funktionierende Öffentlichkeit, ist unabdingbare Voraussetzung, muss zwangsläufig Teil des Engagements für das je einzelne zu verhandelnde Thema sein.

Auch Ingrid Brodnig setzt da an. In ihrem Buch „Wider die Verrohung“ zählt sie zum Bündel der angeführten Strategien und Maßnahmen „zur Abwehr von Spaltungsversuchen und zur Verteidigung fair geführter, demokratischer Diskussionen“ (35) die Idee, Algorithmen bewusst einzusetzen. „Man kann online-Dienste... umprogrammieren oder neu designen... die Algorithmen der großen Social Media-Plattformen können verändert werden“ – was allerdings „gesellschaftlichen Druck“ voraussetze, „womöglich zusätzliche Gesetze“, da mit freiwilligen Veränderungen bei den bestehenden Plattformen natürlich nicht zu rechnen sei. (36)

Spaltung rhetorisch entgegentreten

Um Spaltung und „wir gegen die“-Haltungen im digitalen wie analogen Diskurs entgegentreten, empfiehlt Brodnig gezielt nach punktuellen Überlappungen, „Gemeinsamem“ von einander gegenüberstehenden Gruppen zu suchen, und Debatten von dort aus zu führen zu versuchen. Wichtig sei u.a. dabei, die Homogenität der Fremdgruppe nicht zu überschätzen, „als wären alle deren Mitglieder gleich“ und in allen Punkten der jeweils vertretenen Ansicht einer Meinung. Brodnig plädiert für die Auseinandersetzung mit Andersdenkenden, auch im emotional aufgeheizten Milieu, den Einsatz der „Cross-partisan empathy“, also einer „lagerübergreifenden Empathie“: „Die Idee dabei: Auf die Perspektive anderer... auch wirklich einzugehen, kann die eigenen Argumente tendenziell überzeugender machen“. (37)

Als kleine Gruppe Themen wirksam voranbringen

Wichtig der Hinweis von Brodnig darauf, dass digitale Plattformen „Zerrspiegel“ seien, in denen „vorrangig jene Personen gesehen werden, die besonders meinungsstark und besonders aktiv sind“. Etliche Untersuchungen zeigten, „dass wir auf digitalen Plattformen vorrangig eine lautstarke Minderheit – keinen Querschnitt der Gesellschaft – mitbekommen“. Brodnig beschreibt dazu eine Beobachtung aus Österreich, wo das Online-Medium Mokant.at 2017 eine Datenauswertung zum Wahlkampf 2017 vorgenommen habe: „40 Facebook-Seiten aus dem Bereich Politik und Medien wurden analysiert und 2,9 Millionen Kommentare auf diesen Seiten gesammelt... Nur rund 8900 Personen haben die Hälfte dieser Kommentare verfasst!“ (Anmerkung: der bei der Abfassung des Buchs von Brodnig noch nicht bekannte Ausgang der Nationalratswahl 2024 scheint die beschriebene Dynamik und ihre Wirkung umso mehr zu bestätigen) Es bestehe die Möglichkeit, so Brodnig, „dass sogar sehr kleine, aber überzeugte Gruppierungen in ihrem Sinn das Meinungsbild in Debatten beeinflussen können“, der „false polarization“, also der verzerrten Vorstellung von tatsächlicher Polarisierung entgegentreten können. (38)

Das zeigt Spielraum dafür, sich aktiv in online-Debatten einzumischen, mit eigenen Themen, etwa dem der „Care-Gerechtigkeit“, meinungsstark und „beharrlich“ (Brodnig S. 22) aufzutreten, auch quantitativ zu investieren; evt. zu überlegen, wie „Influencerinnen“ aufgebaut und unterstützt werden könnten, z.B. aus Bereichen der praktischen Care-Arbeit mit ungewohnten (und sicher immer wieder Aufmerksamkeit erregenden) Einblicken in die Care-Wirklichkeit. Dies auch vor dem Hintergrund, dass sich ein Zusammenspiel von Social Media und klassischen Medien nachzeichnen lässt. Die Themensetzung, so Brodnig, beginne maßgeblich auf digitalen Kanälen, journalistische Medien, griffen häufig auf und führten weiter aus (39). PolitikerInnen nutzten Social Media bewusst, „um in die klassischen Medien hineinzukommen“ (40).

Frauen im Fokus: Klagen, einander stärken, Resilienz fördern

Wie umgehen mit Wut und Hass im Netz? Brodnig plädiert zunächst allgemein dafür, das „Instrument Emotion“ in der öffentlichen Kommunikation anders einzusetzen, emotionale „Kontrastprogramme“ aufzustellen. In diesem Zusammenhang bringt sie eine wenig bekannte Emotion ins Spiel: „Kama Muta“: „Damit meinen Fachleute die Emotionslage, bei der wir uns gerührt, also ergriffen fühlen. Wenn man zum Beispiel Tränen in die Augen oder einen Kloß im Hals bekommt, weil einen etwas bewegt“ (41) Brodnig hat den Einsatz von „Kama Muta“ anhand von Wahlkampfvideos von Kamala Harris nachgezeichnet – die Wirkung hat sich zumindest im Fall von Harris allerdings nicht im erwünschten Maß eingestellt, wie der Ausgang der US-Präsidentenwahlen am 5. November gezeigt hat.

Hinsichtlich konkreter Betroffenheit von Hass und Hetze, der sich insbesondere Frauen und Akteur:innen für Geschlechter- und Gendergerechtigkeit in unterschiedlichen Themenbereichen ausgesetzt sehen, rät Brodnig zur Klage. In Deutschland liefert rechtliche Beratung die Organisation HateAid (<https://www.hateaid.org>), in Österreich die NGO Zara (<https://zara.or.at>), auch das Bundesministerium für Justiz informiert auf der homepage www.hassimnetz.at über mögliche Vorgangsweisen und betreibt eine eigene Beratungsstelle. „Meines Erachtens ist es eine der größten Herausforderungen, das Bewußtsein und die Ressourcen in Justiz und Exekutive so auszubauen, dass öfters Konsequenzen für strafbare Hasskommentare folgen“, schreibt Ingrid Brodnig (42).

Darüber hinaus ermuntert sie dazu, „gemeinsam Resilienz“ zu „fördern“, von Diffamierung und Hass Betroffenen gegenüber „sichtbare Solidarität...in Online-Räumen“ zu üben, sie ebenso auf analoger Ebene zu unterstützen. Es brauche „Gegenerfahrungen“, so Brodnig im Rekurs auf die Psychotherapeutin Dorothee Scholz (43).

Fakten checken, Medienkompetenz erwerben

Zum großen Thema „Desinformation“ und „Falschnachrichten“ empfiehlt Brodnig jedenfalls, „intellektuelle Demut“ zu üben, d.h. sich im Bewusstsein darüber zu sein,

dass auch die eigene Ansicht bestätigende Informationen unwahr sein können („confirmation Bias“). Daher seien Faktenchecks immer anzuraten, etwa mithilfe der Informationen zur Entlarvung von Desinformation auf <https://www.bpb.de/themen/medien-journalismus/stopfakenews/>, der homepage der deutschen Bundeszentrale für politische Bildung.

Zur Stärkung der eigenen Medienkompetenz zählt Brodnig auch das Wissen um Ablenkungsmanöver und rhetorische Tricks – Stichwort „argumentum ad hominem“, „argumentum baculum“, „Strohmann-Argument“ -, das Bewusstsein über Methoden wie sie etwa Trump-Berater Steve Bannon benannt hat: „flood the zone with shit“, also das „Zutexten“ von Netz-UserInnen, aber auch analogem „Publikum“ mit Informationen, um Verwirrung und Unsicherheit zu stiften (44). Wie Falschmeldungen und Verschwörungsmythen respektvoll gekontert werden kann, hat Ingrid Brodnig in ihrem Buch „Einspruch“ ausführlich dargelegt (45).

„Civility“ üben

Auch wenn es wenig Hoffnung zu versprechen scheint: Brodnig rät dennoch dazu, immer wieder im Netz wie in analogen Debatten Menschen explizit auf die Einhaltung respektvoller Umgangsformen zu erinnern und einzuschreiten, wenn etwa verrohete Sprache eingesetzt wird, (46) und selbst „Civility“ zu üben – ein Begriff, den der Politikwissenschaftler Matthew Levendusky ins Spiel bringt. Anders als vermutet, meint „Civility“ nicht einfach „Höflichkeit“, sondern bedeutet, „dass man Menschen im Grunde als politische Gleichberechtigte behandelt“. Levendusky empfiehlt, bei Überschreitungen von „Civility“ durch ein Gegenüber, dies nicht nur zu benennen, sondern dem Gegenüber immer auch die Chance einzuräumen, zurückzurudern. (47)

Eine behutsame Methode der Gesprächsaufnahme und –führung zwischen Personen unterschiedlicher Meinung – im analogen wie digitalen Raum - hebt Brodnig besonders hervor: „Deep Canvassing“, entwickelt im LGBT Center in Los Angeles und dazu angetan, nicht Meinung gegen Meinung zu stellen, sich bzw. das Gegenüber in „für“ und „gegen“ einzuteilen, vielmehr Positionierungen in eine Skala einzuordnen: „Das lädt Menschen ein, zu einem Thema ihre Gefühle in all ihrer Komplexität auszudrücken. Dass sie erklären, was sei bei einer Fragestellung in die eine Richtung oder in die andere Richtung anspricht“, erklärt Steve Deline vom LGBT Center: „So wird ermöglicht, darüber zu reden, wie zwiespältig sich Menschen bei manchen Themen fühlen. Das ist deshalb so mächtig, weil wir nie Raum dafür bekommen. Wir haben keinen Raum in unserem Diskurs, um über die Gefühle und deren Komplexität bei kontroversen Themen zu reden“. (48)

So wie Brodnig in ihrem Buch „Wider die Verrohung“ betont, dass die von ihr angeführten Analysen und Strategien als Summe von Bestandteilen gesehen werden müssen, die jeweils für sich betrachtet die Welt der Kommunikation, deren Bedingungsgefüge und Funktionsweisen nicht aus den Angeln heben, doch aber

punktuell klärend und/oder verändernd wirken können, gilt auch dieser Beitrag zum Thema der Veranstaltung „Erfolgreich argumentieren für Care-Gerechtigkeit“ als einer unter anderen Zugängen – mit dem Ziel, Stellenwert und Bedeutung von „Argumenten“ im Kontext des gegenwärtigen Bedingungsgefüges von Kommunikation und Öffentlichkeit zu betrachten und Ansatzpunkte zu finden für eine Stärkung bzw. „Rekonstruktion“ von Argument und einer Öffentlichkeit, die einer Demokratie ihre Grundlage liefern kann.

5_ Literatur/Hinweise

Appel, Margit / Barbara Prainsack (2024): Arbeit – Care – Grundeinkommen.
Mandelbaum Verlag

Baier, Andrea / Biesecker, Adelheid / Gottschlich, Daniela (2020): Ein Schritt auf dem Weg zu einer anderen Ökonomie? Kritische Reflexion des bedingungslosen Grundeinkommens aus der Perspektive des Vorsorgenden Wirtschaftens und des Subsistenzansatzes in sechs Thesen. In: Goehler, Adrienne (Hrsgin.): Nachhaltigkeit braucht Entschleunigung, braucht Grundein/auskommen. Parthas Verlag

Dossier Pflege. „Ab ins Heim. Profit und Not in der Altenpflege“, DOSSIER Nr.12_4/2024

Fraser, Nancy (2023): Der Allesfresser. Wie der Kapitalismus seine eigenen Grundlagen verschlingt. Suhrkamp Verlag

Hufer, Klaus-Peter(2002): Argumente am Stammtisch. Erfolgreich gegen Parolen, Palaver und Populismus. Wochenschau Verlag

Meier-Gräwe, Ute / Praetorius, Ina / Tecklenburg, Feline (Hrsgin.) (2023): Wirtschaft neu ausrichten. Care-Initiativen in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Verlag Barbara Budrich

Tronto, Joan (2013): Caring Democracy. Markets, Equality, and Justice. New York University Press

Zitation Abschnitt 3 und Abschnitt 4_2

(1) Franz Schandl, Der Standard, 16.12.2023 (2) Ingrid Brodnig, Wider die Verrohung, Verlag Brandstätter, Wien 2024 (3) Armin Thurnher, Anstandslos, Verlag Paul Zsolnay, Wien 2023, S. 123 (4) Thurnher, Anstandslos, S. 115 (5) Thurnher, Anstandslos, S. 116 (6) Armin Thurnher, Falter 34/24, 23.10.2024 (7) Ingrid Brodnig, Hass im Netz Was wir gegen Hetze, Mobbing und Lügen tun können, Verlag Brandstätter, Wien 2016; Ingrid Brodnig, Einspruch. Verschwörungsmythen und Fake News kontern, Verlag Brandstätter, Wien 2021 (8) Thurnher, Anstandslos, S. 100 (9) Brodnig, Wider d. V., S. 137 (10) <https://www.facebook.com/watch/?v=1567345356947599> Video/Sketch „Die Matheleugnerin“ mit Maren Kroymann, 2021 (11) Armin Thurnher, Seuchenkolumne 1469, 9.9.2024 (12) Brodnig, Wider d. V., S. 123 (13) Hannah Arendt (14) ORF Topos, 17.6.2024 (15) ORF Topos, 17.6.2024 (16) ORF homepage, 22.8.2024

(17) Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ 5/2024 (18) Thurnher, Seuchenkolumne 1469, 9.9.2024 (19) Brodnig, Wider d. V., S. 9 (20) Ingrid Brodnig, Kolumne in Der Standard, 6.7.2024 (21) Brodnig, Wider d. V., S. 101 – 104 (22) Eva Menasse, „Alles und nichts sagen: Vom Zustand der Debatte in der Digitalmoderne“, Verlag Kiepenheuer & Witsch, 2023 (23) Eva Menasse, Falter 46/23 2023 (24) Brodnig, Wider d. V., S. 107 (25) Brodnig, Wider d. V., S. 39 - 41 (26) Brodnig, Kolumne in Der Standard, 6.7.2024 (27) Brodnig, Wider d. V., S. 18 – 19 (28) Brodnig, Wider d. V., S. 26 (29) Matthias Dusini, Falter-maily, 1.10.2024 (30) Christoph Hofinger, Falter-Arena in Linz, 16.10.2024 (31) Armin Thurnher, Falter 49/23, 6.12. 2023 (32) Armin Thurnher, Falter 25/23, 21.6.2023 (33) Thurnher, Anstandslos, S. 124 (34) Thurnher, Anstandslos, S. 125 (35) Brodnig, Wider d. V., S. 1 (36) Brodnig, Wider d. V., S. 65 (37) Brodnig, Wider d. V., S. 32 (38) Brodnig, Wider d. V., S. 60 (39) Brodnig, Wider d. V., S. 62 (40) Brodnig, Wider d. V., S. 69 (41) Brodnig, Kolumne in Der Standard. 22.8.2024 (42) Brodnig, Wider d. V., S. 113 (43) Brodnig, Wider d. V., S. 116 (44) Brodnig, Wider d. V., S. 138 – 140 (45) Brodnig, Einspruch s.o. (46) Brodnig, Wider d. V. S. 93 (47) Brodnig Wider d.V., S. 93 (48) Brodnig, Wider d.V., S. 149 - 151

Hinweise:

Gesellschaft für Politische Bildung – Angebot Argumentationstraining

<https://politischebildung.at/bildungsangebote/argumentationstraining-gegen-stammtischparolen/>

5-Sektoren-Modell der Gesamtwirtschaft von Luise Gubitzer, Link zu ausführlicher Darstellung in der Ausgabe 2/2017 der Zeitschrift „Kurswechsel“, herausgegeben von BEIGEWUM

http://www.beigewum.at/wp-content/uploads/KW_2_2017_Gubitzer.pdf

Weiterführende Informationen zum Verein JOAN ROBINSON

<https://wide-netzwerk.at/joan-robinson/>

6_ Anhang

Zusammenstellung Gegenstrategien

Aus: Europäisches Trainings- und Forschungszentrum für Menschenrechte und Demokratie [ETC Graz] (2012): „Ganz Recht! Kampagne des ETC Graz gegen Stammtischparolen. Anleitung zum Gegenreden“, Seite 7

„Bewährte“ Gegenargumente bedeutet keine Wunder, sondern oft ganz kleine Schritte: eine Beruhigung der hochschwappenden Emotionen, etwas Nachdenklichkeit, eine kleine Grauschattierung im schwarzweiß gemalten Bild....

- Konstruktiv sein
- Interesse zeigen, den/die andere/n ernst nehmen
- Wertschätzend auf den/die anderen eingehen
- Sympathisch bleiben
- Angenehme Atmosphäre schaffen
- Ruhig bleiben

- Emotionen runterholen
- Cool down, Luft rauslassen
- Gemeinsame Ebene schaffen, Zuhören ermöglichen
- Wir-Form (Brücken bauen)
- Empathie zeigen: „Ich verstehe dich...“
- Versuchen den/ die andere/n zu verstehen (sozialer und persönlicher Hintergrund)
- Win-Win-Strategie, Lösung für beide schaffen
- Nicht auf alles eingehen, Provokationen ignorieren
- Bewusst Nebengespräche beginnen
- Themensprünge (Parolenspringen) verhindern, bei einer Parole bleiben
- Bewusst Thema wechseln, wenn es nicht mehr weitergeht
- Authentisch bleiben: Überzeugungsstärke, Entschiedenheit, Geradlinigkeit, Echtheit
- Vergleiche ziehen
- Überzeichnen
- Tempo beachten
- Stimmlage beachten (bewusst laut oder leise sprechen)
- Paraphrasieren, die Argumente des/der anderen mit eigenen Worten wiederholen
- Gezieltes Nachfragen, konkret werden (wer ist gemeint, das „die“ auflösen“)
- Definieren, Begriffe klären, Klarheit schaffen
- Widersprüche aufdecken, Absurditäten aufzeigen
- Problem erfassen, verdeutlichen
- Logische Argumentation
- Sich Raum verschaffen
- Über sich persönlich sprechen, Ich-Botschaften
- Gefühle ansprechen („Anscheinend geht es dir nahe?“)
- Konkrete Beispiele erzählen
- Ebene wechseln (sachlich, emotional)
- Gesprächsebene wechseln (Meta-Ebene)
- Allianzen bilden, sich zusammenschließen mit Gleichgesinnten
- Solidarität organisieren (auf die Unentschiedenen achten)
- Forderung nach Lösungswegen
- Initiativ werden, Gesprächsführung in die Hand nehmen
- Gesprächsregeln festlegen
- Grenzen setzen
- Keine Belehrung
- Nicht moralisieren
- Bewusst mit Moral argumentieren

- Perspektive wechseln
- Witz und Ironie einbringen
- Subversiv argumentieren
- Haltung zeigen, Position beziehen: „Nein (ich bin nicht deiner Meinung), denn...Argument 1,2,3...“
- Nicht verstehen (wollen)

Beispiel einer geschlechtergerechten Ökonomie

Von Lehrgangsguppe „Geld und Leben. Wirtschaftskompetenz entwickeln“ 06_2008 – 05_2010 / St.Virgil, Salzburg

Visionen für 2025

1. Das 5-Sektoren-Modell von Luise Gubitzer hat sich durchgesetzt.
2. Die unbezahlte Arbeit ist im BIP mitbewertet.
3. Männer und Frauen beteiligen sich gleichermaßen an Haus- und Care-Arbeit und genießen zu gleichen Teilen den dadurch entstehenden Zeitwohlstand.
4. Zins und Zinseszins sind abgeschafft.
5. Kleine regionale Banken verwalten das Geld der Bevölkerung in Regionalfonds und vergeben Kredite an regionale Unternehmen/Wirtschaft.
6. Längst sind die qualifizierten Frauen in Führungspositionen und Aufsichtsräten in der Überzahl.
7. Männer interessieren sich plötzlich für die Quotenregelung.
8. Die Regelarbeitszeit ist durch den Einsatz der Gewerkschaften auf 25 Stunden herabgesetzt.
9. Frauen und Männer haben Zeit für Privatleben und Familie.
10. Die innovative Kraft der Unternehmerinnen stärkt die Wirtschaft und trägt zum Wohlstand für Selbständige, MitarbeiterInnen und deren Familien bei.
11. Sehen – Urteilen – Handeln ist das übliche Handlungsmuster.
12. Frauen sind machtkompetent und setzen ihre Interessen durch.
13. Die gläserne Decke gibt es nur mehr im Museum.
14. Menschen wundern sich über die Argumente gegen den Feminismus, die es 2010 noch gegeben hat.
15. 2025 erinnert sich die Bundespräsidentin mit Anerkennung an den Lehrgang Geld&Leben. Wirtschaftskompetenz entwickeln.

Inhaltsverzeichnis

- 1_Einleitung Seite 1
- 2_Einordnungswissen/Argumente Seite 2
 - 2_1 Anreicherung der eigenen Care-Perspektive Seite 3
 - 2_1_1 Demokratiepolitische Dimension Seite 3
 - 2_1_2 „Kannibalisierung“ von Care Seite 4
 - 2_1_3 Die Trennungsstruktur Produktion – Reproduktion Seite 5
 - 2_2 „Sorge-Kämpfe“ Seite 6
- 3_Kommunikation im öffentlichen Raum Seite 7
- 4_Kommunikationsfähigkeit stärken Seite 13
 - 4_1 Argumentationstraining gegen Stammtischparolen Seite 13
 - 4_2 Argumentationstraining für eine geschlechtergerechte Ökonomie Seite 14
 - 4_3 Economic literacy Seite 15
 - 4_4 Wie unterstützen diese Ansätze das Ziel „Erfolgreich argumentieren für Care-Gerechtigkeit“ Seite 15
 - 4_5 Zur Rekonstruktion des Arguments Seite 16
- 5 Literatur/Zitation/Hinweise Seite 21
- 6 Anhang Seite 22

Impressum: Autorinnen Margit Appel, Elisabeth Ohnemus (2024) im Auftrag der KFB der Erzdiözese Wien, 1010 Wien, Stephansplatz 6/V.